

Colonialwaren
ne Wurst, Kaffee
illigsten Preise
a Weinert
seladorfer Str. 30
g Schlachthaus
re Wäsche
der
f-Saboy
edstraße 7/9
de 10 / General
ue- und Hoch-
bedichtungs
E
g Barthe
n Apparat
Dr. Bismarck Str.
nhrmann
der - Spitalstr.
kt 11
urden-Zentrale
21922 Tel. 11081
t Wusch
ig. Hausstr.
he Str. 66
atubel, in jeder
moteile 47
Baluchung
Nähmaschinen
bergstraße 21
Kluge
nwahler Str. 2
ichengeräte
estände 2100
teinhart
in Dresden
Zeitabgabe
Schmidt-Ostsch
agner
1014
ERT
Boigt
und Feinbedarf
maschinen
Remonteur 2100
Hlthner Str. 43
AU
2104
enau
atikalassen
nert
s für
inderstellung
Kohn
geleg. Litzow
chner
Telefon 203

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnementpreise für den Monat (frei Haus 2 RM. Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiter-Zeitung“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Marktstr. 2 / Fernsprechnummer 14 191 / Postfachnummer Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Druckerei; Dresden-Alt. / Fernsprechnummer 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiter-Zeitung“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Jahrgang Montag, den 18. Oktober 1926 Nummer 232

Die sächsische KPD in der Polizeifront

Für einige Tage veröffentlichten wir die Mitteilung über die Maßnahmen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Kuhn zur Wahl in Sachsen. Diese unersetzten Maßnahmen sind das Vorzeichen mancher wilhelminischen Polizeipräsidenten im Reich. Sie bedeuten praktisch die Verhängung des Besatzungsrechts und die Ausrückung der demokratischen Gewerkschaften von der Arbeiterschaft.

Die KPD erachtet gegen diese Bestimmungen den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter für notwendig. Die Bezirksleitung der KPD richtete deswegen an den Bezirksvorstand der SPD folgenden Schreiben:

An den Bezirksvorstand der SPD Ostschlesien und an den Ortsvorsitz des ADGB Dresden.

Werte Genossen!
Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Ostschlesien, hat zu den Mitteilungen des Herrn Polizeipräsidenten Kuhn über das Verhalten der Polizei im Wahlkampf Stellung genommen. Die Kommunistische Partei kommt in den angeführten Maßnahmen der Polizeipräsidenten Kuhn eine Beschränkung der Wahlfreiheit, die sich allein gegen die Organisationen der Arbeiter richtet.

So bedarf keiner näheren Begründung, daß die angeordneten Maßnahmen des Polizeipräsidenten Kuhn nur reaktionäre Maßnahmen durchzuführen sind, die auf Grund der politischen Einstellung ganz selbstverständlich nur gegen die Arbeiterorganisationen vorgehen.

Wir glauben, daß die politischen Parteien und die Gewerkschaften es der sächsischen Arbeiterklasse schuldig sind, ihre Mitglieder und Wähler vor jenen Angriffen und Übergriffen zu schützen, die sich ergeben müssen, wenn es den reaktionären Polizeibehörden überlassen bleibt:

- 1. gegen den Willen der Versammlungsberechtigten in Versammlungen einzutreten;
- 2. in den Versammlungen der Arbeiter das Gezeiere zu verdrängen und Galerien usw. abzusperren;
- 3. Propagandaautos willkürlich anzuhalten und zu durchsuchen.

Mit aller Energie müssen die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter dagegen Protest erheben, daß „das Verbot von massierten Personen... in der Uniform des alten Reiches“, transparenten und Bannern vollständig unterbunden ist. Es ist ein unerhörter Übergriff des Polizeipräsidenten Kuhn, dieses Verbot mit der Bedensart zu begründen, daß durch die derartige Agitation und Propaganda die „Gefühle Anderer beleidigt werden“ und daß über diese Gefühleverletzung allein die reaktionären Offiziere des Herrn Kuhn entscheiden sollen.

Die Kommunistische Partei ist der vollen Überzeugung, daß die übergrößen Mehrheit der Schappowannschaft in Dresden und die gesamte Dresdner Arbeiterklasse keine Reibereien und Zusammenstöße untereinander wollen. Diese Zusammenstöße werden durch die Anordnungen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten direkt provoziert, weil ja nicht die Schappowannschaften, sondern die reaktionären Offiziere die alleinige Ausführung dieser Anordnungen, und zu beurteilen haben, wann sie angewendet werden sollen.

Die Kommunistische Partei schlägt der SPD und dem ADGB vor, bis Sonntag, den

17. Oktober 1926, eine Besprechung anzubereiten und dort gegen das Willkürregiment des Herrn Kuhn Protestmaßnahmen festzusetzen. Wir schlagen praktisch vor: daß KPD, SPD und ADGB in den ersten Tagen der kommenden Woche eine große Kundgebung der Dresdner Arbeiter auf einem zentral gelegenen Platz zusammenrufen und daß dort Redner der KPD, der SPD und der ADGB gegen die Verhängung des kleinen Besatzungsrechts in Sachsen Protest erheben.

Wir erwarten von Euch umgehend eine Stellungnahme und Benachrichtigung, was Ihr zu tun gedenkt.
Mit vol. Gruß
Dresden, 16. Oktober 1926.
Bezirksleitung der KPD Ostschlesien,
T. H. M. Schneider.

Die SPD hat auf dieses Schreiben unter dem 16. Oktober wie folgt geantwortet:

An die Kommunistische Partei, Bezirk Ostschlesien, Dresden: A. Columbusstr. 1.

Werte Genossen!
Wir haben von Ihrem Schreiben, die Polizeimaßnahmen des Dresdner Polizeipräsidenten Kuhn betreffend, Kenntnis genommen. Da alle unsere Vorstandstätigkeiten mit Wahlarbeiten außerordentlich stark beschäftigt sind, können wir leider infolge der kurzen Zeit keine Vorhandlung unserer Partei einbringen.

Wir weisen Sie aber darauf hin, daß unsere Partei durch unsere Abgeordneten im Landtag und namentlich durch den Genossen Geiser im Dresdner Stadtratsordnungsamt mit aller Klarheit und Deutlichkeit ihre Stellungnahme zu den Maßnahmen der Polizei dargelegt hat. Außerdem werden wir in den bevorstehenden Wahlversammlungen, insbesondere in unserer großen Wahlversammlung im Zirkus, gegen die Maßnahmen des Dresdner Polizeipräsidenten Protest erheben. Aus diesen Gründen halten wir die von Ihnen angeregte gemeinsame Kundgebung nicht für notwendig.

Mit sozialistischem Gruß
W. H. Sander

Die SPD-Führerschaft lehnt die einzig wirklichen Maßnahmen gegen die Polizeimacht, die Kundgebung des gesamten Proletariats, ab. Die parlamentarischen Projekte in den SPD-Versammlungen ändern an der Tatsache des Bestehens des Verlesungsinterdikt nichts.

Die SPD-Führer haben sich mit der Ablehnung des AD-Angebots praktisch in die Polizeifront eingereiht. Wie sich die Polizeimaßnahmen auswirken, zeigt schon eine Versammlung in Zwickau, wo auf einige Zwischenrufe gegen einen AD-Redner die Polizei eintrifft und die nicht zu dem Redner gehörenden Besucher brutal mit dem Gummiknüppel herausstößt. So benutzt die AD-SPD die Anordnungen um jede Brandmarke ihrer Haltung durch die Ablehnung einer Protestaktion.

Die SPD-Arbeiter werden mit diesem Verhalten wohl kaum einverstanden sein.

Die Arbeiter können daraus aber schon entnehmen, wo die SPD-Führer nach der Wahl stehen werden.

Die Monarchie demonstriert

Hindenburg — Gehler und Prinz Oskar betunden die Königstreue

Berlin, 18. Okt. (Eig. Draht). Am Donnerstag fand die Weiheung des früheren Generalsobersten v. Beerlingen statt. Daraus ging eine Totenfeier, die vom Reichstriebsbund Kaffeehäuser, deren Präsident der Reichspräsident gewesen ist, arrangiert war. Die Anwesenheitsliste, die den Pressevertretern vom Kaffeehäuserbund übergeben wurde, begann: Reichspräsident Generaloberst Hindenburg, Reichswehrminister Dr. Gehler. Der Reichspräsident war als „Privatmann“ erschienen, denn an seinem Platz saß die Reichspräsidentenstandarte; außerdem trug er die Generalfeldmarschallsuniform die Schärpe des Hohenzollernkreuzes und des Kreuzes des Hohenzollernhauses. Er lag unmittelbar neben dem Vertreter des Kaisers. Die Reichspräsidentenliste listete die Muff.

Die Arbeiter haben wieder eine neue Demonstration über den Charakter der Republik erhalten. Die Beerdigung eines ehemaligen Generals wird von den Monarchisten zur Kundgebung für die Monarchie ausgenutzt. Der Präsident der Republik marschiert an der Spitze mit dem „Vertreter des Kaisers“. Er kommt als „Privatmann“, er läßt die Standarte fort und verwandelt sich dadurch im Handumdrehen aus einem republikanischen Präsidenten in einen monarchistischen Offizier. Die Reichswehr stellt eine Ehrenkompanie. Es wurde einmal ein Erlaß herausgegeben, daß Reichswehr an monarchistischen Kundgebungen nicht teilnehmen dürfe. Der Erlaß gilt aber soviel wie nichts, was gegen die Monarchisten getan wird. Der Präsident selbst demonstriert, daß solche Erlasse nicht ernst zu nehmen sind.

marschierten der Reichspräsident und der Reichswehrminister.
Diese Sympathieumgebung der obersten Behörden für die Monarchie ist absolut nicht verwunderlich; jedes Kind in Deutschland weiß, daß der Reichspräsident und der Reichswehrminister im Grunde Monarchisten sind. Durch die Haltung der sozialdemokratischen Führer beim Entscheid über die Hohenzollernabfindung ist den Fürstentum neuen Wasser auf ihre Mühlen gegeben worden. Ebenso wie die Sozialdemokraten durch ihre Zustimmung zum Reichswehrvertrag die Monarchisten gestärkt haben.

Die sozialdemokratischen Führer tragen die Schuld daran, daß die Monarchisten immer wieder froh ihr Haupt erheben. Am 31. Oktober haben die arbeitenden Massen eine Gelegenheit zu einer wuchtigen Kundgebung gegen die Reaktion, indem sie durch die Wahl von Kommunisten ihre Bereitschaft zur Wiederherstellung der Monarchie demonstrieren.

Für die Hohenzollern — gegen die englischen Bergarbeiter

Grüner verbietet Sammlungen der ZAG.
Halle, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht). Der Bundesvorsitzende Halle-Keruberg der ZAG hatte den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Grüner ersucht, Sammlungen für die englischen streikenden Bergarbeiter zu bewilligen. Jetzt, acht Wochen später, läßt Grüner durch den preussischen Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtsangelegenheiten, daß die Genehmigung nicht möglich ist, da pflichte antworten, daß die Genehmigung nicht möglich ist, da „angehörig der in dritten Schichten der deutschen Bevölkerung herrschenden Notlage die Zulassung umfangreicher öffentlicher Sammlungen zugunsten von Ausländern nicht vertretbar erscheint“.

Erlämpfen oder erlitten

Die „Linken“ haben sich zu einer „Ausoinanderlegung“ mit den „Rechten“, den 23, einen Hamburger, Richard Wittich, verschrieben, der am Sonnabend gegen die 23 den „Kampf“ eröffnet und den „grundtätlichen Unterschied“ zwischen SPD und USPD nachweisen soll. Der Mann hat aber entschieden Bes. So sehr er sich in die Historie begibt, es gelingt ihm nicht. Er weiß noch, daß die Politik der SPD praktisch die Politik der 23 ist.

Da die „Linken“ im Innern ihres Herzens zur gleichen Politik stehen, haben sie das nicht gemerkt und den Artikel als „revolutionäres Dokument“ abgedruckt.

Die Dreizehnwanzig begehen einen schweren Fehler, sagt Wittich, sie wollen erlitten, was man erlämpfen muß. Zum Beweis führt er Lassalle und Bismarck an. Dabei vergißt er, daß nicht nur Bismarck, sondern auch Lassalle selbst zu Verhandlungen mit Bismarck bereit waren. Ein Verbleib Lassalles bleibt nur unbestritten, das ist, dem Proletariat eine eigene Partei geschaffen zu haben.

Wo aber trennt Wittich sich von den 23? Will er einen entschlossenen Klassenkampf, will er den Sturz des Kapitalismus, will er die Revolution? Kein Wort davon; der einzige Vorwurf, den er erhebt, ist der, die 23 gehen zu weit in ihrem Programm der nationalen Einigung. Sie werden dadurch nicht der Schatz der Nation. Aber die „Arbeiterklasse muß der Träger der Nation“ sein. Unter dieser Nation versteht Wittich keineswegs den Kettekar der Arbeiter, sondern die bestehende „demokratische Republik“. Er ist zur Koalitionspolitik bereit wie die 23, denn er schreibt:

„Auch dort, wo die Machtverhältnisse dazu nötigen, in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien die Gewalt zu teilen, muß die Arbeiterklasse unter allen Umständen durchsetzen, daß ihre Klassenrechte gewahrt, ihre Lebensinteressen, die die Zukunft der Nation einschließen, nicht vergewaltigt werden. Handelt die Sozialdemokratie anders, so gibt sie ihre geschichtliche Aufgabe preis, sie entwertet das Proletariat, macht es unvermögend, in entscheidenden Situationen der Nation zu dienen“.

Also die Nation steht im Vordergrund, nicht die Klasse, das lagern die Rechte und Rechte auch. Das zeigte die SPD in Preußen durch ihre Haltung bei der Hohenzollernabfindung.

Was für die sächsischen Arbeiter aus diesem Artikel der „Linken“ Presse das Wesentlichste ist, das ist das grundsätzliche Bekenntnis zu der Politik, wie sie von den 23 betrieben wird. Wo nun die tatsächlichen Unterschiede liegen, das vergißt Wittich zu sagen. Dafür erzählt er alle möglichen und unmöglichen historischen Nüchtern und Phrasen. Worin nun ein Unterschied besteht, wissen die Arbeiter nach der Durchlesung des Artikels selber nicht. Das einzige sind ein paar Phrasen. Die grundsätzliche Einstellung der SPD zur Koalitionspolitik wurde an anderer Stelle von zwei prominenten Sozialdemokraten ausgesprochen. In Hamburg sprach Scheidemann und erklärte sich für die Teilnahme an der Regierung. Er sagte, es sei ein Fehler, daß die Sozialdemokraten von 23 Monaten 66 Monate außerhalb der Regierung gehalten hätten. In Magdeburg sprach ein anderer Prominenter, Hermann Müller. Die Sozialdemokratie sei zur Mitverantwortung bereit; allerdings komme es darauf an, daß die Zusammenarbeit nicht in zwei oder drei Monaten wieder gesprengt werde. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sei kein einziger grundsätzlicher Gegner der Koalitionspolitik zu finden.

Zu dieser Reichstagsfraktion gehören die Fleckner, Sander, Seydewitz, Schürer usw., also alles sächsische „Linke“. Das Wesentlichste bleibt aber das allgemeine Bekenntnis zur Koalition. Zu dieser Koalition finden sich auch die Ketz und Liebmann bereit. Während die Ketz und Hebel heute schwer aussprechen, was sie wollen, warten die „Linken“ darauf, daß sie nach den Wahlen eine Situation bekommen, in der sie den Arbeitern erklären können, die Verhältnisse zwingen sie in die Koalition.

Die sächsischen Arbeiter wollen den Kapitalismus schlagen, den Bürgerblock treffen. Dann müssen sie alle offenen und verstellten Freunde des Bürgerblocks schlagen.

Die Taten und Handlungen der USPD sind bekannt genug. Kein Arbeiter wird die heuchlerische Wahlpropaganda der USPD glauben. Aber die Arbeiter müssen verhindern, daß die SPD-Führer nach den Wahlen die gleiche Politik betreiben, daß sie denselben Weg marschieren. Wollen die Arbeiter den Bürgerblock schlagen, darüber müssen sie sich klar sein, dann müssen sie den Einfluß der SPD brechen. Wie die Politik dieser SPD aussieht, zeigt ja wieder nebenstehendes Beispiel. Die SPD-Führer wollen keinen Kampf, keinen Einbruch der Massen, keine Massenpolitik, sondern Führerpolitik. Diese Führer aber stellen sich praktisch in die Polizeifront mit Kuhn. Sie werden in ihren Versammlungen ein paar Phrasen dagegen sprechen, aber sich sonst zurückziehen lassen.

Auf die telephonische Anfrage, wie die SPD-Führer sich zu dem Vorschlag unserer Bezirksleitung stellen, wurde von diesen erklärt, daß es jetzt doch keinen Zweck mehr habe, gegen die einmal bestehende Tatsache etwas zu unternehmen.

Das ist der „Kampf“ der SPD-Führer, den Wittich bei den Rechten vertritt. Die Arbeiter müssen sich klar sein: Weder